

PHARMA-LOBBY VOR DEM SIEG GEGEN GANZHEITLICHE THERAPIEN?

Inhalt des Newsletters:

1. Ausgrenzung der Heilpraktiker
2. Der Krieg gegen die Hebammen
3. Pharma Lobbyist wird neuer BRD „Gesundheits“minister
4. Die Impfpflicht kommt auf leisen Sohlen

1. Ausgrenzung der Heilpraktiker

Eine interdisziplinäre und unabhängige Expertengruppe, der „Münsteraner Kreis“, hat Vorschläge erarbeitet, wie eine – auch vom Gesetzgeber angestrebte – Neuregelung des Heilpraktikerwesens in Deutschland aussehen könnte.

In Österreich ist das Heilpraktikerwesen verboten, in anderen europäischen Staaten wird es stark reguliert.

Im Heilpraktikerwesen entstehen immer wieder neue politische Debatten um das Feld alternativer oder komplementärer Medizin

Die wesentlichen Ansätze der Kritik: Für Heilpraktiker gibt es keine verbindliche Berufsordnung. Ihre Zulassung hängt gegenwärtig nur von einer amtlichen Überprüfung ab, die klären soll, ob die von ihnen ausgeübte „Heilkunde eine Gefahr für die Volksgesundheit“ darstellt. Diese „Parallelwelt“ zur qualitätsgesicherten und stark regulierten Ausbildung und Arbeitswelt des Arztes sehen viele als problematisch an.

Aktuell resultieren aus der Diskussion auch erste Ergebnisse: So hat der 120. Deutsche Ärztetag einen Beschluss zur Beschränkung der Heilpraktikertätigkeit gefasst. Rudolf Henke, Vorstandsmitglied der Bundesärztekammer forderte „im Sinne der Patientensicherheit, eine klare Abgrenzung zwischen Schul- und Alternativmedizin“: „Heilpraktiker seien keine Miniärzte für alternative Medizin.“

Dr. med. Andreas Gassen, Vorsitzender der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, propagiert die Abschaffung von Zahlungen der gesetzlichen Krankenkassen für alternativmedizinische Leistungen wie Homöopathie und warnt vor Fantasien, dass man Fachärzte durch Heilpraktiker ersetzen könne.

<https://www.aerzteblatt.de/archiv/189219/Homoeopathie-Keine-Abrechnung-zulasten-der-gesetzlichen-Krankenversicherung>

Konkret weitergehende Vorschläge, was mit Deutschlands Heilpraktikerwesen passieren soll, hat jetzt der sogenannte „Münsteraner Kreis“, eine interdisziplinäre Gruppe von Experten, erarbeitet. Sie hat das Thema nicht nur medizinisch, sondern auch unter ethischen, wissenschaftstheoretischen, psychologischen und juristischen Aspekten beleuchtet. Das Ergebnis sind ihre jetzt veröffentlichten Lösungsansätze, „wie das Heilpraktikerwesen zum Nutzen der Patienten reformiert werden sollte“.

Zugrunde liegende Motivation für das zehnteitige „Münsteraner Memorandum Heilpraktiker“ war der Wunsch am Lehrstuhl für Medizinethik der Universität Münster, den Bereich der komplementären sowie der alternativen Medizin (Verfahren, die als Ergänzung oder Konkurrenz zu Behandlungsverfahren der wissenschaftsorientierten Medizin angeboten werden) und insbesondere das auf diesen Verfahren basierende Heilpraktikerwesen zu analysieren.

<https://www.aerzteblatt.de/down.asp?id=19264>

2. Der Krieg gegen die Hebammen

Den Hebammen machen seit längerer Zeit die Kosten einer Berufshaftpflichtversicherung zu schaffen.

Von gleich drei Seiten nimmt die Belastung für den Berufsstand der Geburtshelfer zu. Die Zahl der Kliniken mit eigenen Hebammenstationen geht jährlich zurück. Die Versorgung wird dadurch ausgedünnt. Neben dem Abbau von Arbeitsplätzen verschlechtert sich auch die Bezahlung. Die Vergütungen für festangestellte und freiberufliche Hebammen halten nicht Schritt mit der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung. Den Betroffenen bleibt somit weniger Geld für notwendige Ausgaben übrig. Zu den unvermeidbaren Kostenpunkten zählt die Berufshaftpflicht für Hebammen

Die lang anhaltenden Verhandlungen um Verbesserungen für die Situation von Hebammen in Deutschland sind bislang ohne Ergebnis geblieben.

<https://www.testsieger-berichte.de/2017/03/31/berufshaftpflichtversicherung-hebammen-2017/>

Beleghebammen arbeiten seit Jahren mit sehr niedriger Vergütung bei Geburten. Aktuell behauptet der GKV-Spitzenverband auf seiner Webseite, dass die Kassen die Vergütung der Beleghebammen eine „deutliche prozentuale Steigerung“ erhalten soll.

Dabei darf jedoch nicht übersehen werden, dass sich Prozente immer auf den Ausgangswert beziehen. Die Hebammenvergütung ist seit Jahren zu niedrig. Insgesamt bietet der GKV-SV aktuell eine durchschnittliche Vergütungssteigerung von 2,3 Prozent für freiberufliche Hebammenleistungen. Mehr Prozentpunkte in einem Leistungsbereich bedeuten also zwangsläufig weniger Vergütungssteigerung in einem anderen Bereich.

Aber: Die neuen Leistungsanforderungen des Vertrages machen die Hebammenleistung insgesamt deutlich aufwändiger. Das muss in der Konsequenz bedeuten, dass die gesamte Hebammenarbeit eine spürbare finanzielle Aufwertung bekommt.

Es ist das Zusammenwirken der verschiedenen Forderungen des GKV-SV, die schlussendlich zu fatalen Folgen für Hebammen, aber ganz besonders auch für gesetzlich versicherte Frauen führen wird.

Das gilt es zu verhindern!

<https://www.hebammenverband.de/aktuell/pressemitteilungen/pressemitteilung-detail/datum/2017/03/09/artikel/krankenkassen-wollen-hebammen-belegsystem-in-kliniken-abschaffen/>

3. Pharma Lobbyist wird neuer BRD „Gesundheits“minister

Noch steht die GroKo unter Frau Merkel nicht, aber die Posten sind verteilt. Und damit im Gesundheitssektor alles so bleibt wie es ist oder noch schlimmer wird, soll Jens Spahn Gesundheitsminister werden.



"Spahn gründete 2006 mit einem befreundeten Lobbyisten und dem Leiter seines Abgeordnetenbüros eine GbR, der die Beratungsgesellschaft Politas gehörte. Laut Focus beriet Politas schwerpunktmäßig Kunden aus dem Pharma- und Medizinsektor. Spahns Beteiligung an dieser Konstruktion blieb für die Öffentlichkeit undurchsichtig." [weiter... https://lobbypedia.de/wiki/Jens_Spahn](https://lobbypedia.de/wiki/Jens_Spahn)

<https://www.morgenpost.de/politik/article213543849/Das-sind-die-Minister-Kandidaten-der-CDU-fuer-die-GroKo.html>

Somit dürfte wohl dem FDP Antrag in Berlin

„Impfen: Fürsorge für unsere Kinder und Schutz der Allgemeinheit“

<https://www.parlament-berlin.de/ados/18/IIIPlen/vorgang/d18-0770.pdf>

nichts mehr im Wege stehen.

4. Die Impf-Pflicht kommt auf leisen Sohlen



Letztes Jahr wurde in Italien die Impfpflicht eingeführt,

<https://www.welt.de/gesundheit/article164768548/Italien-macht-Impfungen-fuer-Kinder-zur-Pflicht.html>

dieses Jahr war Frankreich dran! Die Anzahl der Pflichtimpfungen in Frankreich, ist von bisher 3 auf jetzt 11 erhöht worden

<https://www.welt.de/politik/ausland/article172096543/Frankreich-schreibt-Eltern-Impfung-ihrer-Kinder-bei-elf-Krankheiten-vor.html>

Nächstes Jahr wir? Bei uns wurde 2017 die Impfberatung vor Kita Aufnahme zur Pflicht

<https://www.individuelle-impfentscheidung.de/index.php/politisches-mainmenu-38/97-endlich-impfberatung-fuer-alle>

und die Impfpropaganda reißt nicht ab!

Die Welt schreibt online am 29.12.17: Bis zu 300 Todesfälle durch Masern-Spätfolgen in den letzten 10 Jahren“,

<https://www.welt.de/politik/deutschland/video172013239/Impfluecken-Zahlreiche-Tote-durch-Spaetfolgen-von-Masern.html>

tatsächlich wurden von 2007 bis 2015 insgesamt 29 Todesfälle durch SSPE gezählt, denn bei mindestens 12 der von 2003 bis 2009 gezählten 19 SSPE-Fälle lag ein Migrationshintergrund vor. In einem Fall war das Kind extra zur Behandlung nach Deutschland gekommen. Solche Fälle dürften in der deutschen Statistik gar nicht gezählt werden. So verfälscht man Statistiken und verbreitet Lügen.

Verantwortungsvolle Eltern, Menschen im Gesundheitswesen, werden wegen solcher öffentlichen Meldungen, zunehmend gemobbt. Eltern bekommen ihre Kinder in Kitas nicht untergebracht, wenn sie nicht nach Stiko geimpft sind. Erwachsene in Pflegeberufen werden von den Betriebsärzten schikaniert und in manchen Fällen sogar dem Arbeitgeber gemeldet. Wo bleibt die Schweigepflicht?



Der Berufsverband für Kinder und Jugendärzte fordert:

Jedes Kind hat ein Recht auf Gesundheit und damit auf Impfungen

Die Vereinten Nationen haben für die Rechte der Kinder sogar eine eigene Konvention verabschiedet. Darin wird festgehalten, dass die Unterzeichner-Staaten die höchsten erzielbaren Standards für die Gesundheit der Kinder eines Landes anstreben. Keinem Kind darf der Zugang zur Gesundheits-Versorgung vorenthalten werden. Mehr noch: Anlässlich einer UN-Konferenz in New York vom 8.-10. Mai 2002 wurde durch die Teilnehmerstaaten (auch die Bundesrepublik Deutschland) vereinbart und als Ziel formuliert, dass jedes Kind das Recht auf Impfungen hat, und dass Routine-Impfungen notwendig sind, um das Recht des Kindes auf Gesundheit umzusetzen. weiter.....

<https://www.kinderrechtskonvention.info/gesundheitsorge-3601/>

<https://www.kinderaerzte-im-netz.de/impfen/recht-auf-impfung/>

Laut unserem Grundgesetz Art. 2 Abs 2:

Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden, ist das nicht möglich. Aber im neuen Koalitionsvertrag 2018 unter Punkt 2 steht:

Wir werden Kinderrechte im Grundgesetz ausdrücklich verankern. Kinder sind Grundrechtsträger, ihre Rechte haben für uns Verfassungsrang. Wir werden ein Kindergrundrecht schaffen. Über die genaue Ausgestaltung sollen Bund und Länder in einer neuen gemeinsamen Arbeitsgruppe beraten und bis spätestens Ende 2019 einen Vorschlag vorlegen.

Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages werden wir in ihrer Arbeit stärken. <https://drive.google.com/file/d/1C-mHGNAtcRNbaXjwnz-TmptFLSBWlFj/view?usp=sharing>

Sie kommen also durch die Hintertür, werden damit den Artikel 2 Abs. 2 GG

(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. **In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.**

gezielt umgehen indem sie die Kinderrechte im Grundgesetz verankern. Sie brauchen somit kein neues Gesetz.



Das Europäische Parlament - verhandelt momentan wieder über den WHO Globalen Impfaktionsplan (GVAP), der im Mai 2012 von den 194 Mitgliedstaaten der Weltgesundheitsversammlung beschlossen wurde, und deren Umsetzung!
https://drive.google.com/file/d/1gNRd0ix5_GqOq857st2EQ8cYwVo-ZDRn/view

unter anderem fordern sie: (Auszüge aus der Resolution)

9. fordert die Mitgliedstaaten auf, dafür zu sorgen, dass alle im Gesundheitswesen Beschäftigten ausreichend selbst geimpft sind; fordert die Kommission auf, die Impfraten von Beschäftigten im Gesundheitswesen im gemeinsamen Aktionsplan zu berücksichtigen

12. verurteilt die Verbreitung unzuverlässiger, irreführender und unwissenschaftlicher Informationen über Impfungen, die durch Medienkontroversen verschlimmert werden; fordert die Mitgliedstaaten und die Kommission auf, wirksame Maßnahmen gegen die Verbreitung solcher Fehlinformationen zu ergreifen und Sensibilisierungs- und Informationskampagnen, insbesondere für Eltern, weiterzuentwickeln, einschließlich der Schaffung einer europäischen Plattform zur Erhöhung der Durchimpfungsrate;

https://drive.google.com/file/d/1kiw7znXu2tECBSfuJv0YuBFwMVgUd_mS/view



Der EFVV bittet diesbezüglich nochmal um Unterstützung der Petition

Wir fordern

1. Die Abschaffung von Impfpflicht in ganz Europa,
2. Einführung des Vorsorgeprinzips bei Impfungen in Europa,
3. Europäische Bürger müssen den vollen Zugang zu ausführlicher Information und Wahlfreiheit bei Impfungen als universelles Menschenrecht haben,
4. Errichtung einer unabhängigen Impf-Überwachung mit Erfassung der unerwünschten Nebenwirkungen (VAES), wobei die Anzahl der Schwierigkeitsgrade allen Europäern öffentlich leicht zugänglich sein muss.....

https://www.change.org/p/europaparlament-europäische-kommission-europarat-respekt-förderung-und-individuelle-wahl-bei-impfungen-nach-information-und-zustimmung?recruiter=282541811&utm_source=share_petition&utm_medium=facebook&utm_campaign=share_petition&pt=AVBldGI0aW9uACHDMwAAAAAWTPLYimDU3ZWM4MmlyNg%3D%3D

und

Michèle Rivasi hat darum gebeten, dass wir alle mit größter Dringlichkeit an unsere Abgeordneten schreiben und sie auffordern, sich ihr und den anderen anzuschließen. Je mehr Abgeordnete interessiert sind, Fragen zu Impfstoffen und Mandaten im Namen ihrer Bürger zu stellen, desto besser.

Wir schlagen daher den nachstehenden Text vor, den Sie in Ihre relevanten Sprachen übersetzen können, und senden Sie ihn dann an Ihre Abgeordneten, damit diese sowohl sich selbst als auch Michèle Rivasi antworten können.

Vorlage/ Beispielbrief:

https://drive.google.com/file/d/1RpoV7imyd_P6eQIUsPVhH9wyM049BO4q/view

hier der link zu den EU Abgeordneten aus Deutschland:

<http://www.europarl.europa.eu/meps/de/search.html?country=DE>

hier der link zu den EU Abgeordneten für Österreich:

<http://www.europarl.europa.eu/meps/de/search.html?country=AT>

Die Individualität und freie Wahl in gesundheitlichen Bereichen soll uns also zunehmend genommen werden.

Das dürfen wir nicht zulassen!

WIR SAGEN NEIN!!

WOLLEN SIE SICH VON DER PHARMA BEVORMUNDEN LASSEN?

Um Menschen über Risiken beim Thema Impfen aufzurütteln und aufzuklären – da dieses in der Öffentlichkeit und auch in vielen Arztpraxen nicht ausreichend passiert veranstalten wir vom „Netzwerk Impfscheid Deutschland, am 16.06.2018 eine weitere Demonstration.

Seid dabei und steht mit uns gemeinsam in Nürnberg!

Lasst uns wachsen....

" Für eine gesunde Zukunft freier Menschen! "



Impfen muss freiwillig bleiben und wir haben ein Recht auf freie Therapiewahl.



Für Künstlerauftritte, Technik und Flyer brauchen wir spenden!

Spenden für eine freie Zukunft gesunder Menschen, bitte auf folgendes Konto:

Netzwerk Impfentscheid

IBAN: DE64650910400106758004

oder per PayPal

buergerinitiative.fiegz@mail.com

Wir freuen uns auf Euch

Netzwerk Impfentscheid Deutschland

<https://impfentscheid.ch/kontakte/deutschland/#>

netzwerk
IMPFENTSCHEID
DEUTSCHLAND und netzwerk
IMPFENTSCHEID

Weitere Infos folgen auf unserer blogspotseite:

<http://freie-impfentscheidung.blogspot.de/?m=1>

Mit Unterstützung von INES, impf-Report, efi-online

„Wir für den Frieden“ (Mahnwache Nürnberg) und „Die Bandbreite“